Bezugspreis für November durch die Post bezogen 2,00 Mk. ausschl. Bestellgeld, in der Stadt Münster 2,00 Mk. Beilagen: „Am Weg der Zeit" (für das Geistesleben der Gegenwart), „Der Erzähler", „Der Frauen Welt und Heim", „Jugendland", „Der Wanderer" (für Reise, Bäder und Verkehr), „Stamm und Scholle" (aus Leben und Geschichte der Heimat), „Technik und Erfindung", „Der Münsterländer" (für Feld Garten und Haus). Sonder-Ausgaben: Steinfurter Anzeiger Warendorfer Anzeiger Westmünsterländer Anzeiger Borken-Bocholter Anzeiger (nur für die Bezieher der jeweiligen Kreise wochentäglich). Redaktion und Verlag Gallitzinstraße 13, Ecke Hamburger Straße — Fernsprecher Nr 2448 2449 und 2450. Geschäftsstelle: Münster, Prinzipalmarkt 13/14 Fernspr. Nr. 78. — Rheine, Emsstraße 34 a. Fernspr. 670. Berliner Redaktion: Paul Fr. Hügen Berlin SW 48, Hedemannstraße 25 Fernsprecher Hafenheide 883.

Münsterischer Anzeiger
und Münsterische Volkszeitung

Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.
Anzeigen: Das mm Höhe 29 mm breit kostet für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg.-Bezirks Münster sowie für alle amtlichen Finanz-, Sammel-, Markenartikel- und Vergnügungsanzeigen 15 Pfg., für sonstige Anzeigen aus dem Reg.-Bez. Münster 11 Pfg., aus der Stadt Münster 8 Pfg. Familienanzeigen 8 Pfg., bei Barzahlung 7 Pfg. kleine Anzeigen des privaten Verkehrs aus Münster bei Barzahlg. 6 Pfg. Reklamen: Das mm 90 Pfg. (Spaltenbreite 90 mm). Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen und in bestimmter Größe wird keine Gewähr sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt. Beilagen: Gebührenberechnung nach Gewicht. Postscheck-Konto Köln 42 114. Erfüllungsort Münster i. W.

Morgen-Ausgabe

Samstag, den 26. November 1927

76. Jahrgang. Nr. 1214

Die Beratung des Reichsschulgesetzes.

Bildungsausschuß des Reichstages.

vdk **Berlin**, 25. Nov. **(Tel.)** Im Bildungsausschuß des Reichstages wurde heute bei der fortgesetzten Beratung des Reichsschulgesetzes der § 5, der die weltliche Schule behandelt, mit 3 Änderungsanträgen der Regierungsparteien so angenommen, daß er jetzt lautet: „Die bekenntnisfreie Schule ist für solche Kinder bestimmt, die keinem Bekenntnis zugehören oder so weit sie einem Bekenntnis angehören, nach dem Willen der Erziehungsberechtigten vom Religionsunterricht abgemeldet sind und nicht an einer Gemeinschafts- oder Bekenntnisschule erzogen werden sollen. Sie steht jedoch aus besonderen Gründen auch anderen Kindern offen. Durch die Aufnahme solcher Kinder verliert die Schule ihren Charakter als bekenntnisfreie Schule nicht. Sie erfüllt die Unterrichts- und Erziehungsaufgaben der deutschen Volksschule auf allgemein sittlicher Grundlage ohne bekenntnismäßige oder weltanschauliche Bindung. Zur Teilnahme an dem besonderen Weltanschauungsunterricht kann kein Kind gegen den Willen der Erziehungsberechtigten gezwungen werden. Die Erteilung eines solchen Weltanschauungsunterrichts bleibt der Willenserklärung des einzelnen Lehrers überlassen. In der bekenntnisfreien Schule können Angehörige jeden Bekenntnisses sowie Bekenntnislose als Lehrer angestellt werden. Lehrer, die die Voraussetzung für die Anstellung an einer Bekenntnisschule erfüllen, dürfen nicht gegen ihren Willen an einer Bekenntnisschule verwandt werden. Bei nur vorübergehender Verwendung sind Ausnahmen aus besonderen Gründen zulässig. Im Falle des Absatzes 3 ist bei der Anstellung der Lehrer die weltanschauliche Gliederung der Schüler tunlichst zu berücksichtigen." Mit 14 gegen 14 Stimmen abgelehnt wurde ein Antrag Dr. Heizes (DVB.), der den ersten Absatz des § 5 folgendermaßen fassen wollte: „Die bekenntnisfreie Schule dient zur Aufnahme von Kindern, die keinem Bekenntnis angehören, doch können aus besonderen Gründen auch andere Kinder eingeschult werden. Durch die Aufnahme solcher Kinder verliert die Schule nicht den Charakter als bekenntnisfreie Schule." Gegen diesen Antrag stimmten auch die Abg. Dr. Runkel und Frau Dr. Matz (DVB.).

Der Ausschuß ging dann zum Absatz über, der die Einrichtung und die Umwandlung der Schulform behandelt. Nach Annahme des § 6 „Begriff der Gemeinde" mit geringen redaktionellen Abänderungen kam § 7 zur Beratung, der das Antragsrecht festlegt. Abg. Frau Bäumer (Dem.) wandte sich dagegen, daß den Erziehungsberechtigten das Antragsrecht auf Umwandlung von Schulformen übertragen wird. Abg. Prof. Dr. Schreiber (Ztr.) wandte sich dagegen, daß das Antragsrecht ruht, solange der Antragsberechtigte sich nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befindet. Der Redner fordert die Streichung dieser Bestimmung der Vorlage. Abg. Fleißner (Soz.) schließt sich diesem Antrag an. Nach einer weiteren Bestimmung des § 7 kann die Landesgesetzgebung Bestimmungen treffen über die Übertragung des Antragsrechts der Erziehungsberechtigten auf die Vorstände von Erziehungsanstalten und solche Personen, die fremde Kinder in Pflege haben. Hierzu wünschte Frau Abg. Bäumer (Dem.), daß die Übertragung des Antragsrechts nur mit Zustimmung der ursprünglich Antragsberechtigten möglich ist. Von den Sozialdemokraten und Kommunisten wird eine Ausdehnung des Antragsrechts auf Ausländer gewünscht. Frau Abg. Dr. Matz (DVB.) weist auf gewisse Gefahren hin, die mit der Möglichkeit der Übertragung des Antragsrechts an Deutsche aus den abgetretenen Gebieten, die inzwischen eine fremde Staatsangehörigkeit angenommen haben, an Deutschösterreicher und sonstige Auslandsdeutsche sei sehr erwünscht. Abg. Rheinländer (Ztr.) wünscht diese Frage den Ländern zu überlassen. Abg. Dr. Runkel (DVB.) wünscht unter keinen Umständen, daß man Ausländern einen bestimmenden Einfluß auf das deutsche Schulwesen gewährt. Ministerialdirektor Pelengahr begründet die Bestimmung des Entwurfs, wonach in besonderen Fällen auch solchen Personen, die die deutsche Reichsangehörigkeit nicht besitzen, ein Antragsrecht eingeräumt werden kann.

Der Ausschuß wurde hierauf, ohne eine Abstimmung über den § 7 vorzunehmen, auf Dienstag vertagt.

Kommunalpolitische Fragen der Gegenwart.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages in Duisburg.

tu **Duisburg**, 25. Nov. **(Tel.)** Anläßlich der heute hier abgehaltenen Vorstandssitzung des Deutschen Städtetages erfolgte in Gegenwart der rheinisch-westfälischen Presse eine Aussprache über kommunalpolitische Fragen der Gegenwart. Der Präsident des Deutschen Städtetages, Mulert, stellte in seinem Vortrag u. a. fest, daß der Städtetag berechtigte Kritik gern annehme, daß er sich aber gegen Verallgemeinerungen wenden müsse, wie die letzthin in der Öffentlichkeit in Bezug auf die kommunale Anleihewirtschaft erfolgt seien. Die Rücksichtnahme des Städtetages auf außenpolitische Fragen erkenne er an. Präsident Mulert kam dann auch auf den Wohnungsbau zu sprechen und erklärte, daß er in dieser Beziehung für die Zukunft sehr schwarz sehe, da die verschiedenen Hauptfragen bezüglich des Wohnungsbaues nur schwer zu lösen sein würden. Gegenüber den Klagen der Wirtschaft über zu hohe Steuern müsse er feststellen, daß die Steuern im Reiche 250 Prozent, in den Ländern 150 Prozent und in den Städten 75 Prozent höher seien als in der Vorkriegszeit. Neben den erhöhten Lasten der Städte der Nachkriegszeit könne man eine Kaufkraftentwertung der Mark bis zu 40 Prozent feststellen. Den Vorschlag der Abschaffung der Selbstverwaltung bei den Städten und der Einführung eines bürokratischen Systemes lehne er ab.

Darauf nahm der Oberbürgermeister Dr. Jarres das Wort. Er erklärte u. a., daß die Vorwürfe gegen die Städte am besten durch praktische Beispiele zu widerlegen seien. Der Redner ging ausführlich auf den Bau des neuen Hotels „Duisburger Hof" und der großen Sport- und Bäderanlagen in Wedau ein und wies darauf hin, daß die von der Stadt für den Bau bereitgestellten Mittel sehr gering seien und nur rund 1,9 Millionen Mark betrügen bei einem Aktienkapital der Duisburger Hotel- und Bürohausgesellschaft von 40 Millionen Mark. Das Duisburger Stadion sei die erste Anlage dieser Art in Westdeutschland und könne auch vom ideellen Standpunkt aus jeder Kritik standhalten.

*

w **Berlin**, 25. Nov. **(Tel.)** Der Gesamtvorstand des Reichsstädtebundes hat heute folgende einstimmige Entschließung gefaßt:

Es ist unverantwortlich, daß in der Öffentlichkeit, auch von amtlichen Stellen, wiederholt Vorwürfe gegen die Ausgaben- und Anleihewirtschaft der Gemeinden im allgemeinen erhoben werden, die geeignet sind, die Finanzwirtschaft aller Gemeinden im Inlande und Auslande in Mißkredit zu bringen. Der Gesamtvorstand des Reichsstädtebundes weist im Namen der von ihm vertretenen mittleren und kleinen deutschen Städte derartige verallgemeinerte Vorwürfe als völlig unberechtigt zurück. Diese Städte, denen die Mittel zu diesen notwendigen Ausgaben fehlen, haben bereits seit längerer Zeit ihre Ausgaben auf das äußerste eingeschränkt und sich an den Auslandsanleihen bei den Sammelanleihen der Girozentrale mit geringen Anteilen beteiligt. Daß diese Anleihemittel ausschließlich für produktive Zwecke bestimmt werden, ist durch die Genehmigung der Beratungsstelle, welcher auch der Herr Reichsbankpräsident angehört, ausdrücklich anerkannt. Glauben amtliche oder sonstige Stellen etwaige Einzelvorkommnisse öffentlich beanstanden zu müssen, so erwartet der Reichsstädtebund, daß künftig loyaler Weise die Einzelfälle genannt und nicht unzulässig verallgemeinert werden, was für die Gesamtheit der Gemeinden unerträglich ist.

Der Reichsetat 1928.

Eine Unterredung mit dem Reichsfinanzminister.

w **Berlin**, 25. Nov. **(Tel.)** In einer Unterredung, die der Reichsfinanzminister Dr. Köhler einem Vertreter des WTB. über den Haushaltsplan für 1928 gewährte, erklärte der Minister u. a.: „In formeller Beziehung ist bei der Aufteilung des Reichshaushaltes 1928 größter Wert auf Klarheit und Durchsichtigkeit sowie auf die Möglichkeit der Vergleichung gelegt worden. Die materielle Etatsgestaltung stand unter dem festen Willen, unter keinen Umständen einen Defizit-Etat aufzustellen. Das ist auch erreicht worden. Der neue Etat zeigt drei wesentliche Merkmale, erstens schließt der Gesamtetat ohne Fehlbetrag ab, zweitens ist keine neue Anleiheermächtigung für das Rechnungsjahr 1928 vorgesehen und drittens zeigt er den festen Willen, die Anleiheermächtigungen der Jahre 1926 und 1927 durch besondere Tilgung zu ermäßigen. Daß der Gesamtetat ohne Fehlbetrag abschließt, ist neben den Kürzungen im außerordentlichen Etat nur dadurch möglich gewesen, daß im ordentlichen Etat vor allem die Verwaltungsausgaben bis an die Grenze der Aufrechterhaltung einer ordnungsmäßigen Bewirtschaftung der Bedürfnisse gedrosselt worden sind. Der Gesamtabschluß für 1928 ergibt gegenüber 1927 einen Mehrbedarf, der noch nicht einmal die volle Höhe des zwangsläufigen Mehrbedarfes für die Reparationsleistungen erreicht. Dieses befriedigende Ergebnis dürfte um so bemerkenswerter sein, weil in den Ausgabebedarf bereits mehr der voraussichtliche Mehrbedarf auf Grund des im Reichstage gegenwärtig zur Beratung stehenden neuen Besoldungsgesetzes sowohl wie der Aufwand für die Durchführung des Gesetzentwurfes über das Liquidationsschädenschlußgesetz eingerechnet ist. Zahlenmäßig schließt der Gesamthaushalt für 1928 gegenüber 1927 von 9135 Millionen mit 9502 Millionen ab, also mit einem Mehr von 367 Millionen, während allein die Mehrbelastung aus den Dawesabkommen für den Reichsetat 1928 im ganzen rund 400 Millionen beträgt. Der außerordentliche Haushalt ist in den eben genannten Gesamtbetrag mit 146 Millionen enthalten, die völlig ohne neue Inanspruchnahme des Anleihemarktes gedeckt werden. Der ordentliche Haushalt schließt in seinem Bruttoergebnis mit 9336 Millionen gegenüber einem Soll für 1927 von 8659 Millionen, also mit einem Mehr von 697 Millionen ab. Der Netto-Haushalt — also nach Abzug der Überweisungen an die Länder in Höhe von 3218 Millionen — stellt sich für 1928 auf 6138 Millionen, für 1927 auf 5766 Millionen, so daß sich trotz der mehrfach genannten zwangsläufigen Mehrausgaben nur ein Mehr von 372 Millionen ergibt."

Auf die Frage des WTB.-Vertreters, ob in der Höhe des Anleihebedarfes der Jahre 1926 und 1927 von fast 1 Milliarde RM. nicht eine Gefahr angesichts der Lage des Kapitalmarktes liege, antwortete der Minister: „Ich habe großes Gewicht darauf gelegt, das Extraordinarium des Jahres 1928 ganz wesentlich einzuschränken und jedes weitere Anwachsen des Anleihebedarfes zu vermeiden. Die Notwendigkeit brachte den Zwang, im gegenwärtigen Augenblick Ausgaben nur in dem Umfange zuzulassen, wie sie auch tatsächlich gedeckt werden können. Im Jahre 1928 eine Reichsanleihe zur Deckung dieses Anleihebedarfes früherer Jahre aufzunehmen, muß ganz abgesehen von anderen Gesichtspunkten, schon zur Schonung des Kapitalmarktes vermieden werden. Für das Jahr 1928 durfte unter keinen Umständen ein neuer Anleihebedarf geschaffen werden. Zur Abdeckung des vorhandenen Anleihebedarfes habe ich im Haushaltsetat für 1928 vorgesehen, daß zunächst der Rest des Betriebsmittelfonds in Höhe von rund 60 Millionen verwendet wird, der sich hierdurch auf 852 Millionen vermindert. Darüber hinaus sollen Maßnahmen getroffen werden, daß der Gesamtbetrag der genehmigten außerordentlichen Ausgaben der früheren Jahre nicht vollständig im Jahre 1928 anfällt, sondern auf verschiedene Jahre verteilt wird."

Nach näheren Darlegungen über die Gestaltung der Einnahmeseite schloß der Minister mit den Worten: „Auf was es mir ankam, war, keinen frisierten oder irgendwie verschleierten, sondern einen Etat aufzustellen, der gerade auch auf dem Gebiete der Steuerschätzungen der Wirklichkeit soweit wie immer nur möglich nahe kommt. Der Reichsetat 1928 ist jedenfalls gesund, er enthält aber, wie ich stark unterstreichen möchte, keinerlei nennenswerte Reserven. Eine bewußte Überschußwirtschaft zu treiben, würde ich für den größten Fehler der Finanzpolitik des Reiches halten."

Die Lage in Rumänien.

Verhandlungen über ein Kabinett der nationalen Einigkeit in Bukarest.

w **Bukarest**, 25. Nov. **(Tel.)** Das Kabinett hat heute unter dem Vorsitz von Vintila Brantianu eine Sitzung abgehalten. Es wurde das Programm für die Beisetzung Joan Brantianus festgesetzt. Der Ministerpräsident berichtete sodann über den Verlauf der Verhandlungen mit den Führern der Opposition zur Herbeiführung eines Kabinetts der nationalen Einigkeit. Nach der Sitzung erklärte der Minister den Vertretern der Presse, daß sich die Verhandlungen über ein Koalitionskabinett günstig entwickeln.

Carol noch in Paris.

tu **Paris**, 25. Nov. **(Tel.)** Der frühere Kronprinz Carol erklärte einem Vertreter des „Evening Standard", daß er sich noch nicht, wie man vielleicht annehme, auf die Rückkehr nach Bukarest vorbereite. Er warte noch auf weitere Geschehnisse in Rumänien. Eine Einladung der rumänischen Bauernpartei zur Rückkehr nach Rumänien, von der die Pariser Morgenblätter berichten, habe er bisher nicht erhalten. Er ziehe es vor, keine Voraussagen über die Zukunft zu machen. Eine endgültige Entscheidung von seiner Seite sei eine Angelegenheit von Tagen, nicht Stunden. Ob er nach Rumänien als König, als Mitglied des Regentschaftsrats oder einfach als Prinz Carol zurückkehren werde, könne nicht entschieden werden vor seiner Ankunft in Bukarest.

Englische Beurteilung der Lage in Rumänien.

tu **London**, 25. Nov. **(Tel.)** In Londoner unterrichteten Kreisen ist man nach den ergänzenden Nachrichten aus Bukarest und indirekten Quellen hinsichtlich der weiteren Entwicklung in Rumänien weniger pessimistisch. Die Wahrscheinlichkeit der Bildung eines Koalitionskabinetts ist gestiegen, während auf der anderen Seite sich die Gegensätze zwischen den Regierungsparteien und der bisherigen Opposition in der Frage der Rückkehr Carols vermindert zu haben scheinen. Man hält es für wahrscheinlich, daß die Frage der Rückkehr Carols vorläufig nicht akut wird. Als wesentliche Erleichterung betrachtet man hier die Besserung im Gesundheitszustand Titulescus, der in London das Vertrauen genießt, sich mit allen Mitteln für eine ruhige Entwicklung einzusetzen. Der „Manchester Guardian" verzeichnet es als allgemeine Auffassung diplomatischer Kreise, daß die Behandlung des rumänisch-ungarischen Konfliktes durch den Völkerbund auf März verschoben wird. Ueberdies erwarte man, daß eine Koalitionsregierung eher zu einem Ausgleich in dieser Frage bereit sein werde, als das Kabinett Bratianu.



Der neue rumänische Ministerpräsident Vintila Bratianu

Der rumänisch-ungarische Streitfall.

Rumänien nimmt den Bericht des Dreier-Komitees an.

tu **Genf**, 25. Nov. **(Tel.)** Der Generalsekretär des Völkerbundes hat soeben ein vom rumänischen Außenminister Titulescu unterzeichnetes Telegramm erhalten, in dem mitgeteilt wird, daß der Ministerrat in der Angelegenheit der ungarischen Optanten den Bericht des Dreier-Komitees des Völkerbundsrates in allen seinen Teilen mit seinen Schlußfolgerungen angenommen hat.

*

Litwinows Besuch bei Stresemann.

tu **Berlin**, 25. Nov. **(Tel.)** Der stellvertretende Volkskommissar der Sowjetregierung, Litwinow, hat heute mittag dem Außenminister seinen Besuch gemacht. Bei dieser Gelegenheit sind die laufenden politischen Tagesfragen besprochen worden. Neben der Abrüstungsfrage, die den Zweck der Reise Litwinows bildet, kamen auch andere die beiden Länder gemeinsam interessierenden Fragen, insbesondere die Frage der litauisch-polnischen Beziehungen, zur Erörterung. Litwinow gab dem Reichsaußenminister Kenntnis von der gestern in Warschau überreichten Note der Sowjetregierung, in der diese ihrer Besorgnis über die litauisch-polnische Spannung und über die sich daraus möglicherweise ergebenden Gefahren Ausdruck gegeben hat. Es bestand Übereinstimmung darüber, daß es im allgemeinen Interesse dringend wünschenswert ist, jede Störung der friedlichen Entwicklung zu vermeiden und allseitig die Bemühungen auf die baldige Behebung der bestehenden Schwierigkeiten zu richten.

Zum polnisch-litauischen Konflikt.

Erregung in Kowno.

tu **Kowno**, 25. Nov. **(Tel.)** In hiesigen Regierungskreisen herrscht wegen der polnischen Wilnakonferenz große Aufregung. Man erwartet, daß die Wilnaer Emigranten unter polnischer Hilfe eine eigene litauische Regierung schaffen wollen, die in Konkurrenz zu Kowno treten solle. Woldemaras hat sich mit den obersten militärischen Stellen über vorbereitende Schutzmaßnahmen gegen einen Einfall beraten. In der vergangenen Nacht wurden in Kowno Proklamationen verbreitet, die in Wilna gedruckt worden sind. In den Aufrufen wird zum bewaffneten Aufstand gegen das Woldemaras-Regime aufgefordert.

Direkte Verhandlungen Zaleskis mit Woldemaras?

tu **Paris**, 25. Nov. **(Tel.)** Im Gegensatz zu den aus Moskau verbreiteten Meldung ist in Pariser politischen Kreisen das Gerücht verbreitet, daß Zaleski die Absicht habe, zwecks Herbeiführung einer Verständigung in Genf mit Woldemaras direkt zu verhandeln. Polen würde hierbei bereit sein, falls Litauen auf seine Ansprüche auf Wilna verzichten sollte, in eine polnisch-litauische Grenzregulierung einzuwilligen und Litauen auch auf wirtschaftlichem Gebiet entgegenzukommen. Sollten diese direkten Verhandlungen jedoch zu keinem Ergebnis führen, so würde Polen an Litauen ein Ultimatum richten.

Dr. Renner verlangt neue Sicherungen für Österreich.

tu **Wien**, 25. Nov. Im Budgetausschuß des österreichischen Nationalrates hielt der sozialistische Abgeordnete Dr. Renner heute eine Aufsehen erregende Rede über die auswärtige Politik Österreichs, in der u. a. feststellte, daß angesichts der Sturmzeichen auf der ganzen Linie Österreich gezwungen sein werde, Vorkehrungen zu treffen, die über das hinausgingen, was ihm im Rahmen der Friedensverträge gewährleistet sei, da erfahrungsgemäß der Völkerbund meist zu spät komme. Dr. Renner ging dann auf die historische Mission Österreichs ein, wobei er auf den Türkeneinfall und viele andere historische Ereignisse hinwies. Diese Mission auszuüben, sei heute für Österreich unmöglich. Es gäbe nur eine politische Befreiung. Das sei der Anschluß an das Deutsche Reich. In seinen weiteren Ausführungen ging Renner auf die Gefährdung des Burgenlandes und den italienisch-südslawischen Gegensatz ein, die beide, wie er ausführte, eine Gefährdung für Österreich bedeuteten.

Nach den Ausführungen Dr. Renners sprach der großdeutsche Abgeordnete Dr. Straffner, der betonte, daß Österreich ein politisch und wirtschaftlich ungelöstes Problem darstelle. Für Österreich sei es eine Notwendigkeit, beim Völkerbund erstklassig vertreten zu sein. Der österreichische Völkerbundsvertreter müsse bei jeder Gelegenheit im Völkerbund auf das ungelöste wirtschaftliche und politische Problem Österreichs aufmerksam machen. Er müsse das Ausland dahin informieren, daß die österreichische Bevölkerung in ihrer überwiegenden Mehrheit das Problem im Sinne des Anschlusses an das Deutsche Reich gelöst wissen wolle.

Zum Abschluß des italienisch-albanischen Vertrages.

tu **Paris** 25. Nov. **(Tel.)** Einer römischen Meldung der „Information" zufolge ist man in dortigen politischen Kreisen der Auffassung, daß italienisch-albanische Bündnis verstärke weiterhin den im Frühjahr geschlossenen Pakt, schaffe aber keineswegs eine neue Lage. Man bezeichnet den Bündnisvertrag als einen Akt der Vorsicht, der durch den französisch-südslawischen Vertrag bedingt sei, was auch mit völliger Klarheit aus dem veröffentlichten Vertragstext hervorgeht. Man erklärt weiter in diplomatischen Kreisen, der französisch-jugoslawische Vertrag und das italienisch-albanische Bündnis könnten zur Wahrung der Ruhe auf dem Balkan beitragen, wenn die interessierten Länder wirklich den Frieden wünschen. Man macht auch kein Geheimnis daraus, daß die Veröffentlichung des Textes eine Antwort auf die Erklärungen Marinkowitschs in der Skupschtina darstellen.

Der italienische Gesandte bei Marinkowitsch.

tu **Belgrad**, 25. Nov. **(Tel.)** Anläßlich der Unterzeichnung des italienisch-albanischen Vertrages hat heute mittag der italienische Gesandte, General Bordrero, dem Außenminister Marinkowitsch einen Besuch abgestattet und ihn offiziell davon unterrichtet, daß zwischen Italien und Albanien am 22. November ein Vertrag abgeschlossen worden sei. Bordrero betonte, daß der Vertrag mit den letzten internationalen Ereignissen in keinerlei Zusammenhang stehe, besonders nicht mit der Unterzeichnung des französisch-südslawischen Freundschaftsvertrages. Der neue Vertrag könne nur als eine Ergänzung des Paktes von Tirana betrachtet werden.

Die außenpolitische Debatte in der Skupschtina.

tu **Belgrad**, 25. Nov. **(Tel.)** In der Skupschtina wurde heute die außenpolitische Debatte fortgesetzt. Nachdem Außenminister Marinkowitsch noch einmal den französisch-südslawischen Vertrag gestreift und dabei die Friedensliebe Südslawiens betont hatte, nahm der Abgeordnete Jowan Jowanowitsch, der frühere Gesandte in Wien und London, das Wort. Er erklärte u. a.: Unsere außenpolitische Orientierung ist Deutschland und Rußland. Diese Mächte werden in naher Zukunft das Verhältnis der einzelnen Staaten in Europa bestimmen. Die Interessen Deutschlands und unsere Interessen werden sich nicht kreuzen, sondern immer mehr in Einklang kommen. Der Deutsche genießt in allen Schichten unserer Gesellschaft das beste Vertrauen. Die Augen der ganzen Welt sind auf Deutschland gerichtet. Davon, wie Deutschland die Frage eines „Fachparlaments" (er meint offenbar den Reichswirtschaftsrat. D. R.) behandeln wird, hängt nicht nur die Regierungsform unseres

Regierungswechsel in Belgien.

Am 8. November haben in Brüssel Kammer und Senat ihre parlamentarische Tätigkeit wieder aufgenommen. Die Kammer hat sich sehr bald wieder für kurze Zeit vertagt. In der Zwischenzeit hat sich die Krise zugespitzt, die zu dem Sturz des Kabinetts Jaspar geführt hat. Der Anstoß ging von dem Verlangen der Sozialdemokraten aus, daß die Militärzeit auf ein halbes Jahr gekürzt werden solle. Der Verteidigungsminister de Broqueville hatte vor einiger Zeit das Versprechen gegeben, eine Umbildung der Heeresorganisation auszuarbeiten. Er hat auch wohl Bewegung seines guten Willens gegeben, aber er ist dabei auf den Widerstand der Generalität gestoßen. In der Kabinettssitzung vom 22. November hat er ein Exposé über die allgemeine Lage und die Reorganisation der Armee vorgelegt, in dem besonders die Bewaffnung der Einheiten, das System der Befestigungen und die Frage der Herabsetzung der Dienstzeit behandelt waren. In diesem Exposé kam der Minister zu dem Ergebnis, daß es ihm unmöglich sei, jetzt einen Gesetzentwurf über die Herabsetzung der Dienstzeit vorzulegen, der die Billigung aller Mitglieder des Ministerates finden könnte. Mit dieser Erklärung war die Krisis akut geworden, denn die Sozialdemokraten hatten längst aus der Militärdienstzeitfrage eine Kabinettsfrage gemacht. Der Kriegsminister machte noch den Vorschlag, die ganze Militärfrage einem gemischten Komitee zu unterbreiten, die Sozialdemokraten aber konnten sich mit ihm über die Zusammensetzung des Ausschusses nicht einigen. Daraufhin erklärte der Ministerpräsident den Rücktritt des Gesamtkabinetts.

Es hat im vorigen Jahre einmal eine Urabstimmung unter den Sozialisten stattgefunden über die Frage, ob sich die sozialdemokratische Fraktion an der Bildung eines Kabinetts mit den Liberalen beteiligen soll oder nicht. Diese Urabstimmung ist zugunsten der Beteiligung ausgelaufen. Der Grund lag hauptsächlich darin, daß man glaubte, daß durch das Einheitskabinett die Stabilisierung der belgischen Währung am besten gesichert werden kann. Die belgische Währung ist seit langem befestigt. Je mehr das Vertrauen in ihre Festigkeit wuchs, um so mehr haben sich die Beziehungen zwischen den bürgerlichen Kabinettsmitgliedern und den sozialistischen gelockert. Wenn jetzt die Sozialdemokraten so hartnäckig auf der Herabsetzung der Militärdienstzeit bestanden, wobei sie doch damit rechnen mußten, daß sie wieder in die Opposition gezwungen wurden, so kann das als ein Beweis dafür gelten, daß man innerhalb der sozialistischen Reihen in einer Kabinettskrisis keine Gefahr mehr für die Währung befürchtet. Dieses Vertrauen hat sich in diesen Tagen als berechtigt erwiesen.

Das neue Kabinett ist inzwischen gebildet worden. Es besteht aus den Liberalen und den Katholiken. Sowohl die konservativen wie die demokratischen Katholiken haben sich bereitwilligst beteiligt. Die Sozialdemokrate befindet sich in der Opposition, die allerdings ziemlich stark ist, da das Kabinett über eine Kammermehrheit von nur 17 Stimmen verfügt. Der neue Ministerpräsident ist wieder Jaspar, — er gehört den konservativen Katholiken an — das Außenministerium befindet sich in den Händen des Liberalen Hymans. Im bisherigen Kabinett war Hymans Justizminister. Das Außenministerium hat er im früheren Kabinett Theunis schon zweimal bekleidet, zu der Zeit, als Poincaré seinen Ruhreinmarsch inszenierte. Hymans hat ihm damals bereitwilligst Trabantendienste geleistet.

Vor der Neubildung der Regierung haben Verhandlungen zwischen den Liberalen und Katholiken stattgefunden, wobei die Liberalen die Bedingung stellten, daß bei den kommenden Arbeiten konfessionelle oder sprachliche Fragen ausgeschaltet werden sollten. Außerdem hat man sich darüber geeinigt, daß zur Lösung der umstrittenen Militärfrage eine Kommission eingesetzt werde. Die Schulfrage hat bei den belgischen Katholiken in letzter Zeit eine große Rolle gespielt. Sie wollen die staatliche Begünstigung der freien katholischen Schule. Diese freie katholische Schule ist in der letzten Zeit gegenüber der Staatsschule auch von liberalen Eltern bevorzugt worden, weil sich in den Staatsschulen radikal-linksgerichtete Lehrkräfte unangenehm bemerkbar gemacht haben. Wenn nun jetzt die Schulfrage ausgeschaltet bleiben soll, so hat das wohl die Bedeutung, daß die verlangten staatlichen Subventionen von den Katholiken nicht zur Debatte gestellt werden können.

Die belgische Kabinettskrisis ist natürlich von großer außenpolitischer Bedeutung, wie schon durch den Wechsel im Außenministerium ersichtlich ist. Dieses Ministerium lag bisher in den Händen des sozialistischen Abgeordneten Vandervelde, der uns durch seine friedensfördernde Tätigkeit in Genf in guter Erinnerung ist. Daß Hymans denselben Eifer zeigen wird, wie Vandervelde, ist schwerlich zu erwarten. Das neue Kabinett Jaspar wird sich hauptsächlich auf die Durchführung der militärischen Sicherheitspolitik verlegen. Es wird dabei unter dem Drucke Frankreichs stehen, das Belgien ja nur als eine vorgelagerte Grenzmark betrachtet. Die Beurteilung, die der belgische Kabinettswechsel in Frankreich gefunden hat, ist durchweg parteipolitisch gefärbt. Die Linkszeitungen loben das Verhalten der belgischen Sozialisten, während die Rechtszeitungen ihrer Genugtuung darüber Ausdruck geben, daß die belgischen Militärfragen (natürlich im Sinne Frankreichs) erledigt werden können. Im nächsten Jahre finden Neuwahlen zur belgischen Kammer statt, die Sozialisten sind der Hoffnung, daß diese Wahlen für sie einen großen Erfolg bringen werden. +

Landes, sondern auch die der übrigen europäischer Länder ab. Raditsch, der Führer der kroatischen Bauernpartei, befaßte sich sodann mit der Frage des Anschlusses Österreichs an Deutschland und meinte, daß dieses Problem bald aktuell und im Sinne der beiden Länder werde entschieden werden müssen. Dr. Ninschitsch dementierte im weiteren Verlauf der Aussprache nochmals die vom „Echo de Paris" erfundenen Erklärungen über Deutschland. Bemerkenswert ist, daß im Verlaufe der Debatte eine freundschaftliche Stimmung für Österreich und Deutschland von allen Parteirichtungen festgestellt werden konnte.

Deutscher Reichstag.

pd **Berlin**, 25. Nov. **(Tel.)**

Präsident **Loebe** eröffnet die Sitzung um 15 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Abg. **Torgler** (Komm.) eine Erklärung ab, in der er gegenüber anderslautenden Pressemeldungen feststellt, daß die kommunistische Reichstagsfraktion den deutsch-französischen Handelsvertrag abgelehnt habe.

Die Reichshaushaltsrechnung für 1926 wird dem Rechnungsausschuß überwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes über

die Krankenversicherung der Seeleute.

Reichsarbeitsminister Dr. **Brauns** begründet die Vorlage und stellt fest, daß es sich um die Erfüllung einer alten Forderung handele. Bisher seien die Seeleute hinsichtlich der Krankenversicherung anderen Arbeitnehmern gegenüber rechtlich benachteiligt gewesen. Die neue Seekrankenkasse paßt sich den vorhandenen Institutionen an, ihre Eigenart werde aber durch besondere Vorschriften gesichert. Der Entwurf schaffe, abgesehen von der Krankenfürsorge, eine geschlossene Berufsversicherung der Seeleute.

Abg. **Schumann** (Soz.) weist darauf hin, daß die deutschen Seeleute in rechtlicher und sozialer Hinsicht bisher äußerst stiefmütterlich behandelt worden seien. Trotzdem ihr Beruf außerordentlich gefahrvoll sei. Der Redner fordert, daß auch die Seemannsordnung endlich beseitigt werde, da sie mit den heutigen Rechtsanschauungen nicht mehr zu vereinbaren sei.

Die Vorlage wird dem sozialpolitischen Ausschuß überwiesen.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag, 1. Dezember, 15 Uhr: Sozialdemokratische Wirtschaftsinterpellation, Zentrumsinterpellation über die Notlage im Aachener Gebiet, Interpellation über die Aussperrung in der Zigarrenindustrie.

Schluß 16¾ Uhr.

Eine Konferenz für Verwaltungsreform.

tu **Berlin**, 25. Nov. Amtlich wird bekanntgegeben: Das Reichskabinett beschäftigte sich in der Sitzung vom 25. November mit dem Problem des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern, insbesondere mit Beziehung auf Sparaktion und Verwaltungsreform. Es beschloß, der in der zweiten Januarwoche stattfindenden Konferenz mit den Ministerpräsidenten und Vertretern der Länder folgende Fragen zu unterbreiten:

1. Veränderung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern.
2. Maßnahmen zur Gewährleistung sparsamster Finanzwirtschaft.
3. Verwaltungsreformen in Reich und Ländern.

Über die Bestellung von Berichterstattern zu diesen Fragen finden noch Verhandlungen mit den Ländern statt.

Die Besoldungsreform.

vdz **Berlin**, 25. Nov. **(Tel.)** Der Haushaltsausschuß des Reichstages setzte heute die Beratung der Beamtenbesoldungsordnung fort. Von den Regierungsparteien lag ein Antrag vor, eine neue Besoldungsgruppe einzufügen, die als A 4b die Gehälter von 4100 bis 5800 Mark mit Wohnungsgeldzuschuß IV umfassen soll. In diese Gruppe sollen alle die Beamten gestellt werden, die nach der Regierungsvorlage Stellenzulagen erhalten sollen. Weiter wird in einer Entschließung die Regierung ersucht, zu prüfen, wieviel Bezirkszoll-Inspektoren als Bezirkszoll-Kommissare in die neue Besoldungsgruppe A 4b zu überführen sind. In der Aussprache wurde von mehreren Rednern eine einheitlichere Gruppierung der Buchprüfer gewünscht. Ein Regierungsvertreter sprach sich gegen eine besondere Amtsbezeichnung für die Buchprüfer aus, erklärte aber, die Regierung werde bei den Etatsverhandlungen die Frage der Einstufung einer Anzahl Buchprüfer anschneiden.

Schließlich wurde unter Ablehnung anderer Anträge folgende Entschließung angenommen: 1. Im Rahmen der Verfügung des Reichsministers der Finanzen über die Zulassung von Sekretären (Assistenten alter Ordnung) die durch Sonderprüfungen entstandenen Härten auszugleichen. 2. Auch denjenigen Beamten, die nach den am 31. März 1920 geltenden Laufbahn-Bestimmungen bis zum 31. März 1920 in die frühere Assistentenlaufbahn eingetreten sind, aber nach den Bestimmungen der Sonderprüfung nicht zugelassen werden dürfen, in den Grenzen des sächlichen Bedürfnisses die Möglichkeit zur Ablegung der Vollprüfung für den gebotenen mittleren Dienst zu geben. Ferner wurde ein Antrag der Regierungsparteien angenommen, den Beamten der Gruppe A 4c die Ergänzungsprüfung, die nur bis zum 31. Sept. ds. Js. zugelassen war, noch bis zum 28. Februar 1928 zu ermöglichen. Ebenso wurden die übrigen Anträge und Entschließungen der Regierungsparteien zu Gruppe 4 genehmigt.

Es folgte die Beratung der Gruppe 3b: Verwaltungsamtmänner usw. mit Gehältern von 4800—7100 Mark. Abg. Steinkopf (S) beantragte, hier auch den Durchschnitt der Ministerialamtmänner einzureihen, damit man sie auch in die Provinz zurückversetzen könne und nur diejenigen in besonderen und gehobenen Stellen bei 2b zu belassen. Auf Ersuchen von Rednern der Regierungsparteien ließ die Reichspostverwaltung erklären, wenn andere Ministerien den in die Provinz versetzten Beamten ihre Bezüge erhöhten, würde auch die Reichspost das tun. Abg. Schulot-Steglitz beantragte eine Vereinigung der Gruppen 3a, b und c um die Amtmänner und Regierungsräte in eine Gruppe zu bringen. Der Abg. Steinkopf (S) und Brüninghaus (DP) traten für die Besserstellung der Marinezahlmeister entsprechend ihren früheren Bezügen ein. Man möge ihnen auch die Seefahrtszulage wiedergewähren. Die Regierung ließ dazu erklären, die Seefahrtszulage gehöre in den Etat, nicht in das Besoldungsgesetz. Bei der zweiten Lesung werde die Regierung vielleicht schon eine Klärung über das Schicksal der Seefahrtszulage herbeigeführt haben.

Ein sozialdemokratischer Antrag, die Oberpostkassenrendanten in Gruppe 3b festzulegen, bekämpfte ein Vertreter der Postverwaltung mit dem Hinweis, daß dadurch die Verwendbarkeit dieser Beamten eingeschränkt werde. Abg. Steinkopf (S) beantragte ferner u. a. die am 30. September 1927 im Amt gewesenen Kanzler der bisherigen Gruppe A 10, sollten für ihre Personen die Bezüge nach dem Besoldungsdienstalter der Gruppe A 2c erhalten. Die Abstimmung über Gruppe 3b wurde vertagt. Abg. Lucke (WP) beantragte, das Gehalt in Gruppe 3a von 4200 auf 6900 Mark in 3b von 4400 auf 6700 Mark aufsteigen zu lassen, und den Mehraufwand in Gruppe 1 und 2 einzusparen. Er kündigte ferner einen Antrag auf Kürzung der Abgeordneten-Diäten an. Die Regierungsparteien ersuchten das Ministerium um Mitteilung der finanziellen Auswirkungen des Antrages. Darauf erklärte Ministerialrat Sölck, der Mehraufwand betrage für das Reich 25,2, für die Post 48,1, für die Bahn 42 Millionen, zusammen also 116 Millionen; die Ersparnisse bei den höheren Beamten für das Reich 570 000, für die Post 260 000 für die Bahn 300 000 Mark, also zusammen 1,13 Millionen Mark. Weiterberatung Samstag.

Landwirtschaftliche Tagesfragen.

Der Bezirksverband „Industriegebiet des Westfälischen Bauernvereins" zu landwirtschaftlichen Tagesfragen.

kp **Recklinghausen**, 23. Nov. Im großen Saale des Handelshofes traten die Ausschußmitglieder, Ortsgruppenvorsitzende und führende Personen des Bezirksverbandes des Westfälischen Bauernvereins „Industriegebiet" in sehr großer Zahl zur Besprechung landwirtschaftlicher Tagesfragen unter Vorsitz des Gutsbesitzers Diedmann-Gladbeck zusammen. An der Tagung nahmen Vertreter des Gesamtverbandes des Westfälischen Bauernvereins, der Landwirtschaftskammern und eine Reihe Bürgermeister und Amtmänner des Industriegebietes teil.

Landtags-Abgeordneter Schmelzer behandelte in einem längeren Referate den Stand der Verhandlungen über den Entwurf eines Städtebaugesetzes in Preußen. Der Redner zog in den Kreis seiner Erörterungen vornehmlich die Bestimmungen über den Grünflächenschutz. In der längeren Aussprache wurden die besonderen Wünsche der Industrie-Landwirtschaft zu dem Städtebaugesetz hervorgehoben. Es wurde ausgeführt vom Direktor Dr. Baumeister, daß das Städtebaugesetz auch ohne weitgehende Flächenaufteilung der Landwirtschaft helfen könne. Man lebe ohnehin in einem Gebiete, in dem der Landwirt über durchschnittlich 50 Proz. seines Besitzes nicht mehr frei verfügen könne. Die Schaffung von Grünflächen werde for gesetzt. Zu diesen kämen noch die Verkehrsbänder, wie sie durch den Ruhrsiedlungsverband zum Ausbau der Verbandsstraßen bereits festgelegt seien. Der Redner ersuchte nach der zweiten Lesung des Städtebau-Gesetzes betr. der Bestimmung auf angemessene Entschädigung noch Verbesserungen eintreten zu lassen. Gegenüber dem Mehrwert von Grundstücken, die durch Wegedurchschneidung zu Baugeländen verwendet werden, müsse auch eine Entschädigung für diejenigen Grundstücke angegeben werden, die auf der anderen Seite dadurch ihren Wert einbüßen. Vor allem müsse verlangt werden, daß von allen Änderungen im Grünflächenplan der davon betroffene Landwirt die Landwirtschaftskammer sowie die Organisation der Landwirte rechtzeitig auf amtlichem Wege Kenntnis erhielten. Das Gesetz lasse einen Schutzparagraphen für den Landwirt, besonders hinsichtlich seines Waldbesitzes, vermissen. In der weiteren Aussprache nahm der Justiziar des Westfälischen Bauernvereins, Bezirksverband „Industriegebiet", Dr. Gronover, Stellung, vom juristischen Standpunkte zu einzelnen Bestimmungen des Gesetzes. Vornehmlich wurden in der Aussprache Erfahrungen wiedergegeben, welche die Landwirte zu der bisherigen Grünflächenpolitik gesammelt haben.

In einem zweiten Referate berichtete Direktor Dr. Baumeister über Ernteschäden und Steuerzahlung der Landwirte, sowie über die Verhandlungen, welche der Bezirksverband über die Erreichung von Steuererlaß und Steuerstundungen mit den Finanzämtern des Industriegebietes geführt hat. Sodann wandte sich die Tagung der Besprechung über Nacherhebung der Hagelversicherungsbeiträge zu. Große Unzufriedenheit herrscht gegenwärtig in der Landwirtschaft, wie das die weitere Aussprache ergab, über die Kreditverhältnisse. Direktor Dr. Baumeister stellte fest, daß den örtlichen Spar- und Darlehnskassen keine Schuld treffe, wenn auf Rückzahlung der Kredite gedrängt werde. Dr. Holzendorf-Gladbeck wies auf zwei Wege hin, die geeignet seien, der großen Kreditnot in der Landwirtschaft zu steuern. Man solle versuchen, eine Verlängerung der Kreditfristen zu erhalten, dann möge man alles überflüssige Geld den landwirtschaftlichen Genossenschaften zuführen. Auf diesem Wege der Selbsthülfe erreiche man, daß das Geld der Landwirtschaft auch in dieser bleibe und für dieselbe verwertet werden könnte. Landtagsabgeordneter Schmelzer konnte mitteilen, daß man in Berlin und namentlich im preußischen Landwirtschaftsministerium, bemüht sei, eine Kreditverlängerung zu erreichen, um so den auf der Landwirtschaft liegenden Druck nach Kräften zu mildern. Es liege aber auch im Interesse des einzelnen Landwirtes, als Kreditnehmer sich nach Möglichkeit von der Kreditschuld zu entlassen. In der weiteren Aussprache wurde die Anregung gegeben, daß der Vorstand des Westfälischen Bauernvereins in Gemeinschaft mit anderen Standesorganisationen für eine Vereinheitlichung der sozialen Beiträge eintreten. Weiter wies man auf die Vorteile des Bauamtes des Westfälischen Bauernvereins für die angeschlossenen Landwirte hin. Es wurde zu reger Benutzung dieses Bauamtes aufgefordert.

Aus der Stadt.

Münster, 26. November.

+ **Vom Landeskulturamt.** Der Kanzleiinspektor Jansen beim Landeskulturamt ist in den Ruhestand versetzt, der Kanzlei-sekretär Striba zum Kanzleiinspektor ernannt.

⊙ **Die Straßenbahn** hat, wie aus der Bekanntmachung in der gestrigen Abendnummer hervorgeht, einen neuen Haltestellenplan eingerichtet, der am heutigen Samstag in Kraft tritt. Zu begrüßen ist besonders, daß dem Wunsche vieler Interessenten dadurch Rechnung getragen ist, daß die seit längerer Zeit fortgefallene Haltestelle Telgterstraße wieder eingerichtet ist, und zwar halten die Wagen in Richtung Servatiplatz—Lambertikirche an der Telgterstraße, in umgekehrter Richtung an der Ringoldsgasse.

Vom Stadttheater. Die neue Woche wird am Theater der Stadt Münster am Sonntag eingeleitet mit einer Nachmittagsvorstellung „Die verlorene Tochter" und am Abend mit der Erstaufführung des Neumannschen Dramas „Der Patriot". Montag geht als Schülervorstellung noch einmal „Der Prinz von Homburg" in Szene. Im Dienstags-Abonnement „Olly Polly" und im Donnerstags-Abonnement „Don Juan". Am Freitag gibt das Theater als Weihnachtsvorstellung für die Kleinen das Märchen „Im Zauberreich der Hutibrafa"; die Vorstellung beginnt um 15 (3) Uhr, Preise 1. Freitag abend wird in Miete D „Pong Majong" gespielt. Samstag steht „Gräfin Mariza" auf dem Spielplan. Am nächsten Sonnt ag wird nachmittags das Weihnachtsmärchen wiederholt, abends „Olly Polly". Nächsten Montag nachmittags Wiederholung „Die Journalisten" für Schüler, abends als erste Dezembervorstellung für den Bühnenvolksbund „Der Patriot". — Die Stammsitzinhaber werden daran erinnert, daß die Dezemberrate spätestens am Tage der ersten Vorstellung im Dezember an der Theaterkasse, vormittags von 10 bis 13,30 Uhr zu zahlen ist. — Der Vorverkauf zum Gastspiel des russischen Kabaretts „Der blaue Vogel" beginnt am Donnerstag, den 1. Dezember an der Theaterkasse.

◇ **Rationalisierung im Versicherungswesen.** Der Verein der Kaufmannschaft zu Münster schreibt uns: Die „über Versicherungsgebräuche beim Abschluß von Kaufverträgen in Kreisen der Wirtschaft bestehende außerordentliche Unklarheit hat den Reichsverband des Deutschen Groß- und Überseehandels E. V. veranlaßt, den Versuch zu machen, eine möglichst weitgehende Vereinheitlichung bestimmter Versicherungsgebräuche zunächst für den Großhandel herbeizuführen. Wenn beispielsweise im allgemeinen keine Gebräuche darüber bestehen, inwieweit bei Käufen der Lieferant zu versichern hat und es noch weniger vorgesehen ist, was die Versicherung umfaßt, wenn innerhalb der einzelnen Branchen außerordentlich verschiedene Versicherungsgebräuche bestehen und z. B. in dem Maschinen-, Getreide- und Lebensmittelhandel stark voneinander abweichen, so soll nunmehr der Versuch gemacht werden, für die verschiedenen Gruppen von Interessenten auch besondere einheitliche Versicherungsgebräuche festzulegen. Sobald die angestrebte Vereinheitlichung der Gebräuche innerhalb des Großhandels vollzogen ist, wird versucht werden, durch Verhandlungen zwischen Großhandel und Industrie eine weitergehende breitere Grundlage zu schaffen.

○ **Nicht identisch mit dem in Nr. 1208 vom 24 November im Zusammenhang mit der Verurteilung von Eisenbahnräubern genannten Gärtner Heinrich F. ist der Gärtner Heinrich Frihe, Piusallee 77.**



Zum Straßenbahnunglück in Kassel.

Auf der Kasseler Straßenbahn, die bereits im Mai von einem schweren Unglück betroffen wurde, ereignete sich dieser Tage ein neues Unglück. Ein Wagen der Herkules-Privatbahn kam infolge Glatteis ins Gleiten, fuhr trotz angezogener Bremsen mit höchster Geschwindigkeit talabwärts und stieß auf einen mit Wintersportlern gefüllten Wagen der Kasseler Straßenbahn, wodurch beide Wagen zertrümmert und 14 Personen schwer verletzt wurden.

Sozialdemokratie und Krankenkassenwahl.

Die Ausschußmitglieder einer Krankenkasse haben es in der Hand, daß die Beiträge der Versicherten mit dem höchsten Nutzeffekt verwandt werden. In sozialistisch geleiteten Kassen geschieht dieses aber nicht immer. Die Frage der Heilbehandlung spielt in der Krankenversicherung eine große Rolle. Bei vielen Erkrankungen ist eine Badekur zweckmäßig, bei Genesenden genügt schon oft eine Luftveränderung. Aufgabe der Krankenkasse ist es, nicht bloß die durch Krankheit hervorgerufene Arbeitsunfähigkeit zu beseitigen, sondern auch, drohenden Erkrankungen vorzubeugen.

Am 19. Juli berichteten zwei russische Zeitungen, die „Prawda" und die „Iswestija", daß am vorhergehenden Tage die erste Gruppe deutscher Arbeiter in Moskau eingetroffen sei, die „auf Kosten ihrer deutschen Krankenkasse die Kurorte der Sowjetunion besuchen wollten". 14 Personen kamen an die Mineralquellen des Kaukasus, 19 Personen an die Südküste der Krim, mit einer Aufenthaltsdauer von einem Monat. Zum Empfange waren die verschiedensten Gruppen und ein Musikorchester vertreten. Vom sozialistischen Krankenkassenverband wurde dieser Vorgang gefeiert, bis sich die Krankenkassenmitglieder jetzt meldeten und brieflich mitteilten, sie hätten von ihrer Kasse 175 Mark erhalten, alle anderen Kosten trage die russische Hauptverwaltung. Als Spender der 175 Mark werden die Ortskrankenkassen Kassel, Solingen und Breslau, sowie das Wohlfahrtsamt Berlin-Treptow genannt. Da schon wieder mehrere Transporte vorgesehen waren, hat der Reichsarbeitsminister das Verfahren dieser Kassen beanstandet, da genügend Kurorte und Heilanstalten in Deutschland zur Verfügung ständen.

Die Bestrebungen, welche hier gekennzeichnet sind, bewegen sich alle in der gleichen politischen Linie. Auf der Tagung des „Hauptverbandes deutscher Krankenkassen" (sozialistisch) im Juli 1926 in Düsseldorf hat nach Zeitungsnachrichten der Sozialdemokrat Dr. Moses im Referat ausgeführt, daß neben der Sozialdemokratie den freien Gewerkschaften und den Genossenschaften die Ortskrankenkassen als die vierte Säule des Sozialismus in Deutschland zu bezeichnen seien.

Die Versicherten handeln deshalb im eigenen Interesse, wenn sie ihre Stimmen der Liste I (christliche Gewerkschaften) geben. Sie haben dann die Gewähr, daß in der Ortskrankenkasse Münster diese politischen Bestrebungen nicht verwirklicht werden.

Der Raubzug zweier Schwerverbrecher.

○ **Appelhülsen**, 24. Nov. Unser Ort, wie auch Buldern, wurden kurz vor Neujahr 1927 von Dieben vielfach heimgesucht. Diese gingen mit größter Unverfrorenheit vor. Sie übten ihr Handwerk in Postämtern, im Amtshaus, in Molkerei und Wirtschaften aus und schreckten auch nicht davor zurück, eine Kirche heimzusuchen. Es handelte sich bei den Tätern um zwei schwere Jungen, die vielfach vorbestraften Verbrecher Mehrlein und Frank, deren Verhaftung erst lange hinterher gelang. Überraschend war ein Fund, den um Ostern 1927, also etwa vier Monate nach den Einbrüchen in Buldern und Appelhülsen ein Landwirt in der Nähe von Buldern in seiner Scheune machte: Ein Teppich, in den einige aus dem Einbruch in die Appelhülsener Kirche stammende Stücke eingeschlagen waren. Deutlich wiesen Spuren auf ein Nachtlager zweier Menschen hin. Ein wenig abseits lag einsam und verlassen ein Postabschnitt, der dem Polizeiassistenten Brunnen in Buldern zu einem wichtigen Fingerzeig für die Verfolgung der Täter wurde, die Appelhülsen und Buldern heimgesucht hatten. Die Ermittelungen führten den Beamten nach Essen, und dort gelang es, Mehrlein und später Frank, der einen kleinen Abstecher nach Holland gemacht hatte, zu verhaften. Paul Mehrlein, eben 22 Jahre alt, legte ein umfassendes Geständnis ab. Eine schwere Freveltat in Recklinghausen hatte dem jungen Mehrlein die fünfte Strafe, vier Jahre Zuchthaus und Polizeiaufsicht, eingebracht. Damals wurde Mehrlein in das Bochumer Zentralgefängnis eingeliefert, wo er den 37jährigen Elektriker Kurt Frank, einen achtmal Vorbestraften kennen lernte. Man kam überein, sich nach der Entlassung aus der Strafhaft in Essen wiederzutreffen. Wie verabredet, bezog man auch tatsächlich in Essen eine Wohnung, für die man allerdings die Miete vorläufig schuldig blieb, weil weder M. noch F. Geld besaß. Da entschloß sich Mehrlein, das nötige Geld herbeizuschaffen. Aus der Zeit seiner Erziehung im Martinistift zu Appelhülsen kannte Mehrlein die Orte Buldern und Appelhülsen. Er fuhr nach Buldern, brach dort in das Postamt ein und erbeutete 500 Mark. Dieser Geldbetrag enthob die beiden neuen Freunde für die nächste Zeit der Sorge für den Lebensunterhalt. Der gute Erfolg in Buldern verführte Frank, der größtenteils als Straßenmusikant sein Geld verdiente, einen ausgedehnten Raubzug nach Appelhülsen zu unternehmen. Am 28. Dezember vorigen Jahres kamen beide in Appelhülsen an. In der ersten Nacht regnete es unaufhörlich, und die beiden Verbrecher nahmen auf ihrer Streife durch das Dorf den Weg zur Kirche, wo sich beide in den Sakristeieingang stellten. Während hier Frank seine erste Arbeit mit dem Nachschlüssel begann, suchte M. anderwärts Einbruchsgelegenheit und fand sie bei der Wirtschaft Börsting. Der Einbruch spielte dem M. ein Rad in die Hände, außerdem Schokolade und Branntwein. Als M. zur Kirche zurückkam, hatte sich F. dort bereits gewaltsam Eingang verschafft. Am Opferstock und am Tabernakel machten die Einbrecher dann ihre Plünderungsversuche, die an dem Widerstand der Verschlüsse scheiterten. Außer einem kleinen Geldbetrag nahmen die Einbrecher unter anderem aus der Sakristei einen Chormantel mit. Um die Diebesbeute zu vermehren, wurde ein Einbruch in das Postamt in Appelhülsen geplant. Als dann im Postamt Licht gemacht wurde, fuhren die Diebe auf Rädern schleunigst nach Buldern, wo sie den nächsten Tag in der Scheune verschliefen, in der später der verräterische Postabschnitt gefunden wurde. Die dann folgende Nacht verwendeten die Diebe zu neuen Taten in Buldern. Ein Einbruch beim Arzt Dr. Dichting blieb im Anfangsstadium stecken, und beim Einbruchsversuch ins Bulderner Amtshaus wurden die Diebe verjagt. F. fuhr mit dem Rade davon, während M. zum Bahnhof nach Appelhülsen flüchtete und mit dem frühesten Zuge nach Essen fuhr. Im Gegensatz zu M., der durch sein Geständnis seinen Komplizen belastete, bestritt F. seine Teilnahme am Raubzuge. Das erweiterte Schöffengericht in Münster sprach beide schuldig und verurteilte M. zu drei, F. zu vier Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Polizeiaufsicht. In dieses Urteil schloß das Schöffengericht zwei Diebstähle ein, die die Große Strafkammer nach nochmaliger Verhandlung als unnachweisbar ansah und deshalb die Strafe auf zwei Jahre neun Monate bzw. dreieinhalb Jahre Zuchthaus herabsetzte.

Ausbau der Kleinbahn Piesberg—Rheine.

Tecklenburg, 25. November.

Der Kreistag des Kreises Tecklenburg beschäftigte sich lt. „Osnabrücker Volkszeitung" gestern u. a. mit dem Ausbau der Kleinbahn Piesberg—Rheine zu einer normalspurigen Bahn. Wie der Landrat Dr. Schultz ausführte, kann die Bahn in ihrem jetzigen Zustand nicht verbleiben.

Der Umbau der Bahn kostet 2,25 Millionen Mark. Durch den Verkauf von Altmaterial, Schienen, Lokomotiven usw. würde man 200 000 Mark erzielen. Bevor Reich, Staat und Provinz Zuschüsse geben, müssen die Gemeinden und der Kreis nachweisen, daß sie ihr Möglichstes getan haben. In den dann verbleibenden Rest teilen sich zu je einem Drittel Reich, Staat und Provinz. Der Provinz Westfalen ist vorgeschlagen worden 500 000 Mark zu geben. Dann würden Reich und Staat dasselbe tun. Insgesamt wären damit 1,5 Millionen gedeckt, und es müßte noch etwas mehr als eine halbe Million aufgebracht werden. Die beteiligten Gemeinden wollen 221 000 Mark aufbringen, nämlich Mersen 3000, Westerkappeln, Mettingen und Recke je 60 000, Ibbenbüren 30 000 und Hörstel 8000 Mark, des weiteren die Stadt Rheine 40 000 Mark.

Es verbleiben also zu Lasten des Kreises Tecklenburg noch 300 000 Mark, die durch eine Anleihe aufgebracht werden sollen. 100 000 Mark waren übrigens bereits im März vom Kreistage bewilligt worden. Aus dem Kreise kommen somit insgesamt 521 000 Mark auf, womit das Möglichste getan wäre. Damit wäre dann die Finanzierung des Umbaues der Kleinbahn sichergestellt. Betont sei, daß das Geld nicht à fonds perdu gegeben wird, sondern daß die Kleinbahn Aktien (mit unbestimmter Dividende) und Obligationen (mit festem Zinsfuß) dafür gibt. Der Kreis übernimmt also eine erhebliche Last. Aber der Bevölkerung gegenüber könnte man es nicht verantworten, die Bahn stillzulegen.

Die Siedlerbahn nach dem Emsland.

Für die Piesberger Kleinbahn ist es von besonderer Bedeutung, daß jetzt eine Bahn projektiert wird von Ostfriesland, Leer über Sögel, Haselünne, Freren nach Recke im Kreise Tecklenburg. Durch Anschluß an die Piesberger Bahn würde dann die Eisenbahn Emsland—Osnabrück hergestellt sein, unter Benutzung der Kleinbahnstrecke Recke—Osnabrück. Die Verhandlungen befinden sich aber erst im Anfangsstadium. Aber bei dem großen Interesse, das gerade der Osnabrücker Regierungspräsident für diese Emsland-Siedlungsbahn zeigt, hofft man, das Bahnprojekt verwirklichen zu können. Im Bereich der Möglichkeit liegt es auch, Hopsten, Schale und Saerbeck mehr an den Kreis Tecklenburg durch Bahnanschluß heranzubringen.

Der Landrat stellte nach kurzer Debatte, in der auch die Gemeinde Hopsten ihre Wünsche anmeldete, Anschluß an die projektierte Bahn zu erhalten, fest, daß der Bau einer Siedlerbahn die vollste Sympathie und Unterstützung des Kreistages finde. Ebenso große Sympathien bestehen auch für eine Verlängerung der Teutoburger Waldeisenbahn über Ibbenbüren hinaus, um so den Norden des Kreises zu erschließen. Man hätte dann eine Bahn, die die Möglichkeit bietet, die Kohlen von Ibbenbüren und den Kalk von Lengerich nach dem Norden des Kreises zu schaffen.

In der weiteren Debatte wurde die Rentabilität der Siedlerbahn angeschnitten und zum Ausdruck gebracht, daß von der projektierten Strecke von 100 Kilometern nur etwa 10 im Kreise Tecklenburg liegen. Demgemäß könne auch nur eine finanzielle Beteiligung durch den Kreis in Frage kommen.

Die beiden Anleihen von 300 000 Mark und 221 000 Mark wurden sodann beschlossen.

Aus den Provinzen.

© **Greven**, 24. Nov. **(Verschiedenes.)** Der kath. Arbeiterverein begeht am kommenden Sonntag sein Stiftungsfest. Die Feier, wozu die Mitglieder und Eltern Zutritt haben, findet nachmittags 4½ Uhr bei Hömer statt. — Wegen gründlicher Nachprüfung der elektrischen Anlagen wird die Stromlieferung Sonntag, den 27. November 1927 von 8—16 Uhr unterbrochen.

§ **Südkirchen**, 25 Nov. **(Jugendliche Gewohnheitsdiebe.)** Zwei junge Leute aus Selm und Nünthe hatten sich bei dem Landwirt Hönnemann hierselbst als Hofknechte verdungen, wohl von vornherein mit der Absicht, ihren Dienstherrn zu bestehlen, wie sie das bei ihren früheren Arbeitgebern in Werne und Südkirchen überreichlich besorgt hatten. Um die Diebstähle auszuführen, brachen die noch jugendlichen Diebe die Türen und Fenster während der Abwesenheit ihrer Dienstherrschaft auf. Sie stahlen wie die Raben, bis man endlich auf die Spur der Täter kam. Lebensmittel, Kleidungs- und Wäschestücke und mehrere hundert Mark Bargeld hatten sich die Burschen bereits angeeignet. Die beiden Ungetreuen wurden dem Amtsgericht in Lüdinghausen zugeführt.

⊕ **Laer, Bezirk Münster**, 25. Nov. **(Die Hauptlehrerstelle)** wurde mit Wirkung vom 1. Oktober dieses Jahres dem Lehrer Franz Rieping übertragen.

⊖ **Darfeld**, 24. Nov. **(Eichtag.)** Am Samstag wird das Eichamt im Elferschen Saale seine Eichung abhalten.

+ **Halverde, Kreis Tecklenburg**, 24. Nov. **(Der Gemeinderat)** beschloß, die bisherige Hand- und Spanndienstordnung bestehen zu lassen. — Das Einlegen der 250 Kubikmeter Steine auf dem Voltlager Damm soll auch im Wege des Hand- und Spanndienstes erfolgen. — Zurückgestellt wird bis 1928 die Vorlage über den chausseemäßigen Ausbau des Weges von Beerkotte bis Grothaus. — Abgelehnt wird der Erlaß einer Biersteuerordnung, sowie das Gesuch um Bewilligung eines Zuschusses für die Arbeiterkolonie Bethel. — Dem Westfälischen Blindenverein werden 10 Mark gespendet.

§ **Heeßen**, 24. Nov. **(Wegen Änderung des Datums auf dem Krankenschein)** erhielt der 27jährige Bergmann Wilhelm Coesfeld drei Monate Gefängnis.

⊖ **Hörde**, 24. Nov. **(Heftige Nebenbuhler.)** Als ein junger Mann mit einem Mädchen die Wellinghofer Straße entlang ging, erhielt er plötzlich von hinten einen Stockschlag über den Kopf. Als er sich nach dem Täter umsah, stand er seinem Nebenbuhler gegenüber, zog schnell ein Messer und ging damit auf den Nebenbuhler los. Dieser wich auf den Fahrdamm aus und wurde dahin verfolgt. Es gelang ihm, dem Gegner das Messer aus der Hand zu schlagen. Nun kam es zu einem Handgemenge, das bald auf der Erde vonstatten ging. Als ein Automobil herankam und der Chauffeur den Kämpfern ausweichen wollte, sprang der eine auf und rannte vor das Automobil. Dieses fuhr über ihn hinweg und verletzte ihn schwer, so daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

⊙ **Aldenrade**, 24. Nov. **(Kirchenfrevel.)** An unserer katholischen Pfarrkirche sind nicht weniger als neun der prachtvoll bemalten Kirchenfenster durch Steinwürfe zertrümmert. Auf dem Boden der Kirche lagen Glassplitter, Reste von den zertrümmerten Bleifassungen und eine Anzahl faustgroßer Steine. Als Täter wurde von der Polizei eine Anzahl 10—12jähriger Schulknaben ermittelt.

m **Neuenhaus**, 24 Nov. **(Zwei Opfer der Glätte.)** Der Lokomotivführer Kronemeyer kam gestern morgen zu Fall und erlitt einen komplizierten Armbruch. — Ein Schreiberlehrling eines hiesigen Rechtsanwaltes erlitt durch Sturz den Bruch eines Handgelenks.

○ **Großhesepe, Kr. Meppen**, 24. Nov. **(Ein eigenartiger Verkehrsunfall)** stieß dieser Tage dem morgens von der Torftreufabrik ins Moor fahrenden Werkbahnzuge zu. Der Zug befand sich etwa 200 Meter südwestlich der Fabrik, als der Mantel einer Weiche, die er zu durchfahren hatte, infolge ungenügender Festlegung plötzlich zurückschlug, einen mit zahlreichem Werkpersonal besetzten Wagen zum Umschlagen brachte und die Insassen unter sich begrub. Die Mehrzahl der Fahrgäste kam mit dem Schrecken davon, darunter zwei barmherzige Schwestern des Meppener Ludmillenstiftes. Dagegen erlitt der fast fünfzigjährige Ingenieur Johannes Frisch einen Bruch des linken und Quetschungen beider Beine, der neunzehnjährige Arbeiter Bernhard Brümmer aus Großhesepe schwere, aber weniger bedenkliche Beinverletzungen. Die Verunglückten wurden vom Arzt Dr. Spitz mittels Autos dem Meppener Krankenhause zugeführt.

⊙ **Lingen**, 24. Nov. **(Das Patronatsfest des Pfarrcäcilienchores)** verlief in der denkbar schönsten Weise. Genußreiche Stunden wurden geboten. Eingeleitet wurde der Abend durch den „Gruß an die hl. Cäcilia" von Kayser. Pfarrer Hilling hielt die Festrede. Im zweiten Teil des Programms wurde die Kantate „Von Lenz zu Lenz" gegeben. Der Chor, sowie Herr Schomaker als Tenorist und Herr Leffers als Deklamator leisteten unter der vorzüglichen Leitung des Dirigenten Herrn Kayser Hervorragendes. Auch der Kapelle des Herrn Klaßen muß lobend gedacht werden.

○ **Cleve**, 24 Nov. **(Rätselhafter Tod zweier Kinder.)** Die acht Monate alten Zwillingskinder des Landwirts Düffelt und Düffeltward wurden tot in ihren Bettchen aufgefunden. Der Tod erscheint rätselhaft, da eine Gasvergiftung oder eine andere Vergiftung nicht vorliegen kann. Die Leichen wurden vom Gericht beschlagnahmt und obduziert. Trotzdem konnte bisher nicht festgestellt werden, woran die beiden Kinder gestorben sind. Zur weiteren Untersuchung sind deshalb Körperteile der Kinder nach Düsseldorf gesandt worden.

Vermischtes.

* **Ein Leichter im Sturm verloren gegangen.** Hamburg, 25. Nov. Der Hamburger Schleppdampfer „Vegesack", der mit zwei beladenen Leichtern von Danzig nach Rendsburg unterwegs war, verlor auf der Höhe des Fehmarn-Belt-Feuerschiffes bei den Oststürmen der letzten Tage den Leichter „Hans Otto". An Bord des Leichters befinden sich fünf Mann Besatzung. Ihr Schicksal ist ungewiß. Nachdem die „Vegesack" den einen Leichter nach Holtenau gebracht hatte, ist sie gestern wieder ausgelaufen, um Nachforschungen nach dem verlorenen Leichter anzustellen.

* **Der Dampfer „Mexiko" wieder flott.** Newyork, 25. Nov. **Der Dampfer „Mexiko" der Ward-Linie ist wieder flott geworden. Er hat am Bug leichte Beschädigungen davongetragen.**

Beendigung der Gefängnisrevolte in San Franzisko.

w San Franzisko, 25 Nov. **(Tel.)** **Die Revolte im staatlichen Gefängnis in Folsom ist beendet. Nachdem die Staatsmiliz gedroht hatte, das Gebäude zu überschwemmen und die Gefangenen auszuhungern, ergaben sich die Sträflinge bedingungslos.**